

Zu diesem Heft: Umschlagpunkte

Die Periode der Naturentdeckung, die im 15. Jahrhundert begann, brachte erstmals wissenschaftliches Forschen und Begründen hervor, das vorher in der Theologie verschlossen war: Von der Himmelsmechanik und der Gravitation bis zur Volta'schen Entdeckung der elektrischen Ladung und Linnés Nomenklatur hatte diese Epoche große Erkenntnisfortschritte zu verzeichnen. Doch so weit man in der Erkenntnis und Durchdringung des Stoffes auch gelangte, so schwach blieb die ideelle Bewältigung desselben im Vergleich zu den alten Griechen: Im Denken der griechischen Philosophen war die Welt etwas aus dem Chaos Hervorgegangenes, etwas Entwickeltes, etwas Gewordenes, die Philosophen der Neuzeit aber waren noch von der absoluten Unveränderlichkeit der Natur überzeugt – die Natur war für sie immer schon vorhanden, die Gestalt der Erde und der Sterne, der Pflanzen und Tiere schien ihnen dieselbe wie am Schöpfungstage. Erst Kant durchbrach mit seiner »Allgemeinen Naturgeschichte und Theorie des Himmels« diese Erkenntnisgrenze: Die Erde und das ganze Sonnensystem zeigte er als etwas »im Verlauf der Zeit Gewordenes«. War aber »die Erde etwas Gewordenes, so mußte ihr gegenwärtiger geologischer, geographischer, klimatischer Zustand, mußten ihre Pflanzen und Tiere ebenfalls etwas Gewordenes sein«.¹ Kants Buch markiert den Beginn der Achsenzeit, in der das unhinterfragte Bild eines statischen Kosmos zwar unhaltbar wurde, aber einem ebenso naiven Bild vom Fortschritt Platz machte, einem linearen Fortschritt, der den neuen Stabilitätsbegriff darstellte: Hatte man bei der Erforschung anorganischer Stoffe Regeln gefunden, so suchte man nun nach den Entdeckungen von Lyell und Darwin ebenfalls nach festen Gesetzen der Entwicklung des organischen Kosmos in der Evolution und gelangte auf diese Weise zu seltsam simplizistischen Vorstellungen von der Gesetzmäßigkeit durch Selektion und Konkurrenz beim Umschlag von einer Naturform in eine andere, sei es vom Neandertaler zum Homo oeconomicus occidentalis oder auf der ethnologisch-soziologischen Ebene der Gesellschaftsform als historische Evolution nach »Drei-Stadien«-Gesetzen (Auguste Comte) oder nach den normativ aufgeladenen Modernisierungsmodellen bis hin zum Ende der Geschichte im Narrativ der Globalisierung.²

Die alten Griechen haben nicht nur gewusst, dass aus Chaos Ordnung werden kann, sondern aus Ordnung auch wieder Chaos. Wenn über der städtischen Münze und den regionalen Märkten eine Nationalwährung und ein nationaler Markt her-

- 1 Friedrich Engels 1952. »Einführung zur ›Dialektik der Natur‹«, in *Marx/Engels: Ausgewählte Schriften, Band II*. Berlin: Dietz Verlag, S. 56.
- 2 Auch wenn heute »aus einem optimistischen und unverkennbar systemgebundenen Derivat der westlichen, europäisch-nordamerikanischen Fortschrittsidee ein Nachdenken über die Ambivalenzen, die Machtstrukturen und die unintendierten Konsequenzen der Moderne geworden« ist (Thomas Mergel 2011. »Modernisierung«, in *Europäische Geschichte Online (EGO)*, hrsg. v. Institut für Europäische Geschichte (IEG) am 27. April 2011. Mainz), so fehlt es nach wie vor an einem tieferen Nachdenken darüber, dass sich diese Differenzen auch auf die europäischen Gesellschaften selbst erstrecken.

gestellt werden, wachsende Anteile der Ökonomie nicht mehr nur eingebettet sind in lokale Strukturen, und wenn wiederum die nationale Währung und die nationalen Märkte »entbettet« werden und ein europäischer Markt eingerichtet wird, dann handelt es sich jeweils nicht einfach um Fortschritt, sondern um krisenhafte Prozesse, oft in Gestalt von Revolutionen oder Bürgerkriegen, die Gewinner und Verlierer hervorbringen. Es sind soziale Umschlagpunkte, deren Ausgang man nicht vorhersehen kann: Die politische Ebene wechselt, bisherige Einflussmöglichkeiten von Gruppen schwinden, und die Selektion beim Zugang zur Macht ändert sich, Gesellschaften gehen von einem stabilen in einen neuen, instabilen Zustand über, in dem die bisherigen Regeln nicht mehr gelten, während neue Institutionen anders und für andere Nutznießer eingerichtet werden und für die neuen Probleme, die damit zugleich geschaffen wurden, noch keine institutionellen Antworten gefunden oder etabliert sind. Weil der Fortschritt nicht linear ist, ist es ausgeschlossen, soziale Transformationen zu präzisieren und zu übertragen, wie schön die Denkmodelle auch gemacht sind. Wir wissen, dass Wasser bei 100 Grad seinen Zustand wechselt und in den völlig instabilen Zustand des Dampfes übergeht, und man kann auch wissen, dass es an den Stränden Brasiliens mit der Dämmerung gefährlich wird, weil sich die soziale Struktur vollständig verwandelt und ein instabiler Zustand eintritt, wie Martin Gegner es in diesem Heft beschreibt. Brasilianische Städte lassen etwas vermissen, was wir als Integration kennen und wünschen – ist hier die Modernisierung nur noch nicht zu einem Ende gelangt? Oder ist umgekehrt die europäische Besonderheit der gesellschaftlichen Integration nur eine lokale oder gar zeitlich beschränkte Erscheinung? Das wollen wir nicht glauben, aber wir wissen es nicht.

Wir wissen auch nicht, wann eine Dot.com- oder eine Immobilienblase reif ist zum Platzen, und würden es gerne wissen. Dass es Indizien hierfür gibt, zeigt der Beitrag von Gunther Schnabl, der beklagt, dass die Zentralbanken zwar Inflation anhand eines aufgrund von Befragungen eruierten fiktiven Warenkorb zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen, aber die Vermögensinflation nicht beachten, die doch ein deutlicher Anzeiger für das baldige Umschlagen eines Marktes ist.

Auch in der Klimaforschung kennt man solche Umschlagpunkte, und hier wird eifriger als sonst irgendwo gemessen, an welchem Punkt der Ausstoß von CO₂ das Klima »umkippen« lässt. Obwohl es bereits eine Unzahl historischer Umweltdaten gibt,³ beruhen die Messungen, die der Weltklimarat zusammenträgt, auf Daten aus relativ kurzen Zeiträumen, die jedoch nicht mit den historisch bekannten Aktivitäten der Gesellschaften verbunden werden. Die Ergebnisse bieten von daher Scheingenauigkeiten, die in politische Eckdaten für die Grenzen der Produktion übersetzt werden und mit den eingesetzten Marktelementen zur Illusion der »greening economy« führen (Loske), ohne das große Problem der Industrialisierung selbst zu thematisieren, durch die aus der Knappheitsökonomie die Überflussökonomie geworden ist, die zu bändigen noch nicht gelungen ist: Aus der Produktion je nach Bedarf ist eine Produktion geworden, die den Bedarf erst permanent schaffen muss (Weert

3 Christian Pfister 1991. »Das 1950er-Syndrom«, in *Natur und Mensch* 34, 1, S. 1-4; sowie Wolfram Siemann 2003. *Umweltgeschichte. Themen und Perspektiven*. München: C. H. Beck.

Canzler) und dafür einen historisch einmaligen Apparat für Werbung, Vermarktung und Absatz einrichten musste, der uns inzwischen auf subtilste Weise zu programmieren sucht. Während nun Loske in seinem Plädoyer auf die Heilung durch Selbsthilfekräfte setzte, zeigt Weert Canzler in seinen anschließenden Überlegungen am Beispiel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, dass die Verhinderung einer Umweltkatastrophe kaum ohne den Staat machbar sein wird.

Eine soziale Transformation sollte auch die Einführung des Euro bewirken. Im Vordergrund stand die Planungssicherheit in einem gemeinsamen Währungsraum für Anleger und Unternehmer:⁴ War es nicht überzeugend, dass beispielsweise deutsche Automobilfirmen, die etwa in einem spanischen oder italienischen Werk produzieren ließen, besser und sicherer planen können, wenn sie nicht mehr mit der unkalkulierbaren Volatilität, also den Schwankungen der Währungen rechnen mussten? Bei einer gemeinsamen Währung entfiel die Notwendigkeit des »Hedgens«, also der kostspieligen Absicherung gegen Währungsschwankungen. Ausländische Investitionen konnten durch eine stabile gemeinsame Währung erleichtert und vereinfacht werden. Verschuldung durch ausländische Investitionen wurde als ein Segen für die Peripherieländer angepriesen: Ein Investor würde auch in Griechenland oder Süditalien investieren, da er ja keine Abwertung befürchten müsste und der Währungsraum als sicher gelten konnte. Den heilsamen Schrecken der Spekulation gegen das englische Pfund noch in Erinnerung, schien auch das Argument des Volumens einleuchtend: Die gemeinsame Währung hätte ein solches Volumen, dass eine Spekulation, wie es sie vorher mit den einzelnen Währungen der Länder der Europäischen Union gegeben hat, nicht mehr möglich wäre. War es nicht logisch, nach der Ausrufung des gemeinsamen Marktes nun eine gemeinsame Währung zu schaffen? Mit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 wurde es zum Ziel der Europäischen Kommission, das Finanzvolumen zu steigern: Nur eine Währung mit einem großen Volumen ist eine Weltwährung, die keiner Spekulation ausgesetzt ist. Das Wettbewerbsrecht wurde dem Ziel untergeordnet, »Weltchampions« unter den europäischen Banken und Unternehmen heranzuzüchten, jede Investition in Euro-Land, jeder Börsengang, jede Privatisierung bisher öffentlicher Unternehmen waren dazu bestimmt, das Volumen des auf den Finanzmärkten gehandelten Euro zu steigern. Heute ist der Euro nach dem Dollar weltweit die wichtigste Reservewährung, die EU wurde zum größten Nettoinvestor der übrigen Welt.

Als Vorteil für die wirtschaftlich schwächeren Länder wurde eine Hebung des Lebensstandards in Aussicht gestellt, der durch den Aufschwung erreicht würde, den ausländische Investitionen auslösen würden. Die Voraussetzung für die Teilnahme war die Orientierung der jeweiligen Wirtschaftspolitik an der Währungsstabilität. Das war keine ganz einfache Aufgabe für »Abwertungsländer« (Scharpf), die bis dahin ihre Wettbewerbsfähigkeit über Währungsabwertungen aufrechterhalten hatten. Nach Mario Monti sollte der Übergang zu einer Hartwährung »seine Landsleute erziehen«, sie sollten »wie die Deutschen werden«. Wenn für den per-

4 Vgl. Norbert Walter, Thomas Hanke 1997. *Der Euro – Kurs auf die Zukunft: Die Konsequenzen der Währungsunion für Unternehmen und Anleger*. Frankfurt a. M.: Campus.

formativen Ansatz die soziale Finanzstruktur der Ansatzpunkt ist, um Wissen über die Gesellschaft zu erlangen (Joscha Wullweber in diesem Heft), so wäre Monti ein gutes Beispiel dafür: Ein halbes Jahr vor seinem Rücktritt als Ministerpräsident einer Regierung der parteilosen Fachleute musste er erkennen: »Reformen brauchen ihre Zeit.« Die Zeit der Politik ist eine andere als die Zeit der Ökonomie: Die Leute müssten erkennen können, dass ihre Opfer ihnen am Ende auch etwas bringen. Wenn nicht, wird das Parlament »mehr Anti-Europa, mehr Anti-EU, mehr Anti-Merkel« werden. Der Markt dürfe nicht die »einzige Peitsche sein; das könne sogar kontraproduktiv sein« und eine Revolte auslösen.⁵

Die Engländer hatten gute Gründe, sich nicht an der Währungsunion zu beteiligen: Sie haben ihre historische Erfahrung mit einer Hartwährung schon hinter sich. Als nämlich Winston Churchill als englischer Premierminister 1925, sieben Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, die Goldwährung wieder einführt, zeigte sich rasch, dass nicht alle gleichermaßen davon profitierten. Während die Finanzbranche der Londoner City die Hartwährung hochschätzte, litt die Industrie heftig unter dem hohen Kurs. Englands Exportprodukte, hauptsächlich die Kohle, wurden zu teuer, und die Exporteure waren bestrebt, die Kosten zu verlagern und die Löhne zu drücken. Die Folge war ein jahrelanger Streik der Bergarbeiter. Keynes beschrieb die Lage in einem Pamphlet:

»Einige Exporteure schreiben Verluste und werden fallieren, weil sie mittel- oder langfristig nicht mehr kostendeckend produzieren können, andere versuchen, ihre Kosten für Löhne, für Beförderung, für Steuern und für alles andere zu senken, um die Preise ihrer Exportprodukte wettbewerbsfähig halten zu können und damit trotzdem nicht schlechter dran zu sein als zuvor. Aber eine solche Überwälzung der Kosten ist nicht einfach durchzusetzen, denn sie beinhaltet stets einen Kampf mit ungewissem Ausgang: Die Arbeiter und Angestellten haben einen bestimmten Lebensstandard, verwenden alle Arten von inländischen Gütern, die nicht gleichzeitig im Preis sinken. Da aber der Wert der Währung selbst nicht mehr fallen kann, kann nichts, außer einem allgemeinen Fall der inländischen Preise und Löhne, ihre Lage wiederherstellen.

Wenn alle inländischen Beteiligten gleichzeitig ihre Preise senken würden, könnten die Lebenshaltungskosten, soweit sie nicht aus Kosten für Importwaren bestehen, so fallen, daß niemand schlechter gestellt würde im Verhältnis zum anderen: Es wäre dieselbe Wirkung, die zuvor mit einer Absenkung des Wertes der Währung erzielt worden war. Daß dadurch die Importwaren verteuert würden, wäre ein durchaus erwünschter Effekt, um die heimische Produktion zu stärken.

In Wirklichkeit aber wird eine solche gleichzeitige Senkung der Preise und Löhne nicht eintreten, ein Stellwerk, was diesen Effekt hervorbringen könnte, ist allein die Abwertung selbst – ohne dieses Instrument aber wird die Einführung einer harten Währung alle einzelnen Wirtschaftsgruppen in einen Kampf verwickeln, ohne Aussicht, daß das schließliche Ergebnis gerecht sein wird, und ohne Bürgschaft, daß nicht die stärkeren Gruppen auf Kosten der Schwächeren gewinnen werden.«

Und Keynes stellte provokativ die Frage:

»Kann man von den arbeitenden Klassen erwarten, daß sie das, was da vorgeht, besser verstehen als die Kabinettsminister? Die zuerst Angegriffenen sind von einer Degradierung ihres Lebensstils bedroht, und folglich haben sie das Recht, sich zu verteidigen. Sie müssen

5 Mario Monti 2013. »Ich bin wirklich für Haushaltsdisziplin. Mario Monti im Gespräch«, in *Die Zeit* vom 25. Januar 2013.

sich so lange wehren, wie sie können, und es muß Krieg sein, bis die wirtschaftlich Schwächsten zu Boden geschlagen sind.«⁶

Dieses Pamphlet zog eine jahrlange Diskussion nach sich und führte schließlich dazu, dass England zu den ersten der europäischen Staaten gehörte, welche vom Goldstandard wieder abrückten – mit der Folge, dass England in der Weltwirtschaftskrise relativ glimpflich davonkam. Es war nicht die Angst vor der nächsten Spekulation mit dem Pfund, sondern diese historische Erfahrung des Bergarbeiterstreiks, gepaart mit dem englischen Autonomiebestreben, die England davon abhielt, in die Euro-Zone einzutreten.

Das Stellwerk aber, womit alle Preise im Inland gleichzeitig angehoben oder abgesenkt werden können, fehlt auch im Euro-Raum, und die verbreitete Vorstellung, dass es »der Markt« richtet, zeugt davon, dass die europäischen Eliten den »Krieg« zumindest billigend in Kauf nahmen, in welchem »die wirtschaftlich Schwächsten zu Boden geschlagen« werden.

Das Thema »willkürlicher Ungleichheiten, die das Leistungsprinzip, auf dem unsere Gesellschaften basieren, radikal infrage stellen«,⁷ war zwischenzeitlich lange unterbewertet, weil es dem Thema Freiheit untergeordnet wurde. Von einigen amerikanischen Ökonomen (Galbraith, Stieglitz) schon länger behandelt, ist es nun durch Thomas Pikettys Buch wieder in die allgemeine Debatte zurückgekehrt (Peter Kalmbach in diesem Heft). Und man hat in dieser Debatte nicht nur festgestellt, dass wachsende Ungleichheit die volkswirtschaftliche Produktivität mindert, unser Autor Gunther Schnabl hat zudem eine nicht von der Hand zu weisende These: Es gibt eingebaute Automatismen im Börsensystem, die stets der Finanzbranche nutzen.

Die Währungsunion ist unvollendet, da die EZB zwar einen Zinssatz hat und eine Gesamt-Eurozonen-Inflationsrate misst, es aber nach wie vor keine gemeinsame Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik und keine Schuldengemeinschaft gibt. Und so wurde der Euro-Zone nicht zufällig jener ökonomische Umschlagpunkt zum Problem, der in der neoliberalen Theorie ausgeblendet wird: die Zahlungsbilanz. Der einfache, von Böhm-Bawerk als Gesetz formulierte Grundsatz, wonach die Zahlungsbilanz gebietet und die Handelsbilanz gehorcht, hatte man in den marktliberalen Idealwelten von Brüssel und Berlin einfach vergessen, es schien in einer Währungsunion nicht mehr zu gelten. Was besagt dieses Gesetz?⁸ Dass man einem

6 Leicht abgeändert aus: John Maynard Keynes 1956 [1925]. »Die wirtschaftlichen Folgen des Mr. Churchill«, in *Wirtschaft und Politik. Männer und Probleme. Ausgewählte Abhandlungen von J. M. Keynes*, ausgewählt und übersetzt v. Eduard Rosenbaum. Tübingen: Mohr Siebeck.

7 Thomas Piketty 2014. *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C. H. Beck, S. 14.

8 »Die Zahlungsbilanz befiehlt, die Handelsbilanz gehorcht, nicht umgekehrt«, schrieb Böhm Bawerk in der *Neuen Freien Presse*, in der er »Über passive Handelsbilanz« am 6., 8. und 9. Jänner 1914 referierte; zitiert bei Joseph Schumpeter 1914. »Das wissenschaftliche Lebenswerk Eugen von Böhm-Bawerks«, in *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung. Organ der Gesellschaft österreichischer Volkswirte* 23, S. 454-528. Wien: Mansche k.u.k. Hof-, Verlags- und Universitätsbuchhandlung, hier S. 484.

Land keine Waren liefert, das nicht zahlen kann. Die Zahlungsfähigkeit aber blieb ein Versprechen, das nicht gedeckt war. Für Griechenland ist der Punkt, an dem es noch berechnete Hoffnung auf die Möglichkeit der Rückzahlung gab, schon lange überschritten: Das Land ist, wie es der griechische Finanzminister sachlich zum Ausdruck brachte, nicht illiquide, sondern insolvent, und er sprach damit einen ebenfalls schwer einschätzbaren ökonomischen Umschlagpunkt an, von dem aus das Bild einer gänzlich anderen Lage entsteht und eine gänzlich andere Behandlung notwendig wird⁹.

Der europäische Traum steht allerdings damit auch politisch an einem Umschlagpunkt, in dem er für viele zum Alptraum geworden ist oder zu werden droht. Was die Finanzbranche an Sicherheit gewonnen hat, haben die Schwächsten an sozialer Sicherheit verloren. Es entsteht eine Spannung, die nicht mit deliberativen Verhandlungen lösbar ist (Fritz W. Scharpf in diesem Heft), weil die Zeit der Ökonomie nicht die Zeit der Politik ist. Wenn Europa die Enttäuschten nicht auffangen will oder kann, etwa durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, tritt der von Monti genannte Effekt des »mehr Anti-Europa« ein, und es werden entsprechende Parteien gewählt, solange demokratische Wahlen möglich sind und solange die Störung der Empathiefähigkeit der Eliten andauert (vgl. Ulrike Guérot in diesem Heft).

Ob es die erstaunliche Wirkkraft von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs war¹⁰ oder auch die zunehmende Sorge der Europapolitiker vor der Unmöglichkeit der Steuerbarkeit eines übermäßig gewachsenen Gebildes, die zu der Entscheidung führte, den selbstregulierenden Markt als Instrument (*governance*) einzusetzen? Heute scheint jedenfalls eine Revolution – oder achtundzwanzig Revolutionen – notwendig, um die von Jürgen Habermas (in diesem Heft) eingeforderte Solidarität und den Umbau »der Währungsgemeinschaft zu einer Politischen Union« zu erreichen und die »undemokratische Verbindung von nationalstaatlicher Scheinsouveränität mit der tatsächlich technokratisch durchgesetzten Befolgung ›alternativer‹ Marktimperative zu beenden« (ebd.).

Reinhard Blomert

9 Vgl. Robert Kuttner 2013. »Schulden, die wir nicht zahlen sollten«, in *Leviathan* 41, 4, S. 599-610.

10 Vgl. Benjamin Werner 2013. »Ein zahnloser Tiger?«, in *Leviathan* 41, 3, S. 366 ff.